

IGMmigration

RESSORT MIGRATION/INTEGRATION



Europa: Demokratie auf dem Prüfstand

VIELFALT IM BETRIEB

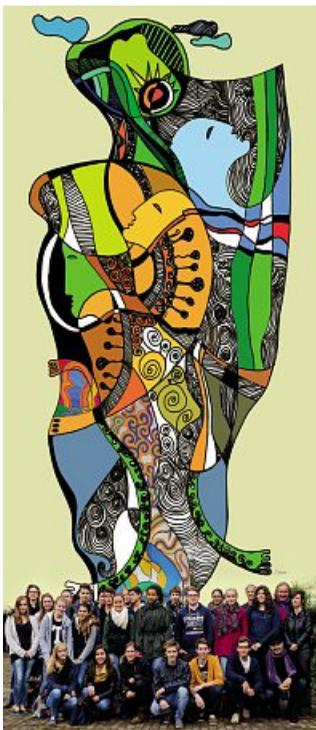
Vorbild: Deutschkurse bei Borbet in Solingen

AUS- UND WEITERBILDUNG

IG Metall: Solidarität mit Spaniens Jugend

AUS POLITIK UND GESELLSCHAFT

Festung Europa: Der neue Milliardenmarkt



EDITORIAL

von Christiane Benner 3

EUROPA

„Europa muss sozialer werden“
Interview mit Prof. Heribert Prantl zum
Wechselverhältnis von Willkommenskultur,
Demokratie und Europa 4

„Faire Mobilität“: Erste Hilfe vor Ort 6

Demokratie erfordert Mehrstaatigkeit 7

VIELFALT IM BETRIEB

Deutschkurse bei Borbet in Solingen 8

Infobox: Förderprogramme 9

Meldungen 10

AUS- UND WEITERBILDUNG

IG Metall: Solidarität mit Spaniens Jugend 11

RECHT UND GESETZ

Meldungen 12

BESCHÄFTIGTENBEFRAGUNG

Klarer Handlungsauftrag 13

AUS POLITIK UND GESELLSCHAFT

Flüchtlinge fordern Rechte 14

Festung Europa: Der neue Milliardenmarkt 15

BUNDESMIGRATIONSKONFERENZ

„Die Stimmung fand ich super“ 16

Titelbild „Kulturen in Farbe – Nationen in Frieden“

Der Mannheimer Künstler Bahaiden integrierte mehrere hundert Schülerarbeiten zum Thema Frieden zu einem Gesamtkunstwerk und übertrug es auf eine Hochhausfassade. Die Bilder waren im Kunstunterricht der Freien Interkulturellen Waldorfschule und der Integrierten Gesamtschule Mannheim Herzogenried entstanden. Das Gemälde soll uns daran erinnern, dass friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft nicht selbstverständlich ist, sondern nur in gegenseitiger Achtung und Toleranz möglich wird. Das Projekt wurde vom Quartiermanagement Herzogenried koordiniert – ein Stadtteil, in dem Menschen aus 127 Herkunftsländern leben.

IMPRESSUM

Herausgeber: Detlev Wetzels, Jörg Hofmann, Jürgen Kerner, IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069-6693-2918, E-Mail: igm-migration@igmetall.de // Redaktion: Ressort Migration/Integration // Redaktionelle Mitarbeit: DGB Bildungswerk, Bereich Migration & Qualifizierung, Düsseldorf, PreWiTec, Wuppertal, Tina Adomako, Düsseldorf // Gestaltung: kus-design, Mannheim // Druck: alpha print medien AG, Darmstadt

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,

Europa hat gewählt. Und es hat sich gezeigt, dass unsere Kampagne für ein soziales, gerechtes und demokratisches Europa richtig war.

Die Wahlbeteiligung in Deutschland ist – auch dank eures Engagements – um fast 5 Prozentpunkte gestiegen. Für die Scheindebatte um „massenhafte Armutszuwanderung“ wurde die CSU von den Wählerinnen und Wählern zu Recht abgestraft. Das sind die guten Nachrichten. Die geringe Wahlbeteiligung unter 50 Prozent spiegelt jedoch wieder, dass es noch nicht gelingt deutlich zu machen, welchen Einfluss die Weichenstellungen auf europäischer Ebene auf die Menschen Europas haben. Das ist die schlechte Nachricht: Europa wird auch weiterhin konservativ regiert. Von einer Politik also, die der Wirtschaft Vorrang vor den Menschen einräumt. Die mit ihrer neoliberalen Sparpolitik die Krise nicht gelöst, sondern verschärft hat.

Beunruhigend ist auch die Stärke der Europagegner. In Frankreich, Großbritannien und Dänemark sind sie bei dieser Wahl zur stärksten Kraft geworden. Das ist erschreckend. Wenn jede/r fünfte Abgeordnete im Europaparlament einer rechtspopulistischen oder eurokritischen Partei angehört, dann ist die europäische Idee in Gefahr. Statt Solidarität propagieren diese Kräfte den nationalen Egoismus. Mit fatalen Folgen, wie die Geschichte zeigt.

Wir Metallerinnen und Metaller setzen uns für ein anderes Europa ein. Für ein soziales, transparentes und demokratisches Europa der Menschen.

Ein soziales Europa heißt: Wachstum statt Sparpolitik, nachhaltige Industrien fördern und ausbauen, Arbeit für alle schaffen – und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen.

Ein demokratisches Europa bedeutet: Gleichberechtigte Teilhabe aller. Deshalb fordern wir als IG Metall die generelle Mehrstaatigkeit. Und eine echte Willkommenskultur!

Diese Forderungen haben wir auf unserer 10. Bundesmigrationskonferenz vom 2. bis 4. April in Sprockhövel gemeinsam diskutiert. Und festgestellt: Willkommenskultur hat sehr viel mit der Abkehr von altem Denken zu tun. Willkommenskultur ist die Einladung, Vielfalt und Migration als etwas Positives zu sehen. Und sich – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – gemeinsam weiterzuentwickeln.

Willkommenskultur muss aber für alle gelten. Auch für Flüchtlinge. Es kann und darf daher nicht sein, dass wir uns abschotten und vor den Küsten Menschen ertrinken, die bei uns Schutz suchen. Europa kann und muss mehr Flüchtlinge aufnehmen!



Christiane Benner



Foto: © IG Metall

Christiane Benner, geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der IG Metall

„Europa muss sozialer werden“

Prof. Heribert Prantl, Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung, sprach am 4. April 2014 auf der Bundesmigrationskonferenz der IG Metall in Sprockhövel zum Wechselverhältnis zum Willkommenskultur, Demokratie und Europa.

Herr Prantl, warum braucht Deutschland eine Willkommenskultur?

Prantl: Weil Migranten immer noch nicht richtig willkommen sind. Man mag es Willkommenskultur oder Bemühung um Integration nennen. Aber es erfordert in jedem Fall viel, sowohl von den Neubürgern als auch von den Altbürgern.

Wer muss sich stärker verändern? Die, die kommen? Oder die, die willkommen?

Prantl: Beide in gleichem Maße, das ist ein Geben und Nehmen. Die Neubürger müssen sich auf die Grundwerte dieser Gesellschaft einlassen, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit heißen. Zudem müssen sie die deutsche Sprache so sprechen, dass sie sich in diesem Land verständigen können. Damit dürfen sie dann aber in die deutsche Staatsbürgerschaft hinein. Nicht unbedingt schon nach zwei, drei Jahren. Aber Menschen, die seit Jahrzehnten hier leben, die einst als Gastarbeiter kamen und blieben, die sich um dieses Land verdient gemacht haben, denen muss Deutschland die doppelte Staatsbürgerschaft anbieten, auch als eine Art Belohnung dafür, wie sie die Gesellschaft positiv verändert haben. Im Übrigen: Die Doppelstaatsbürgerschaft ist, so



Foto: Blanka Hüber



Bildungs- und
Konferenzzentrum
Sprockhövel

hat mir eine türkischstämmige Freundin gesagt, auch eine Art Anti-Extremismus-Airbag.

Und die Altbürger?

Prantl: Die müssen sich neuen Kulturen und Denkweisen öffnen, damit sie Menschen, die anders aufgewachsen sind als sie selbst, nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung begreifen. Dazu gehört auch eine Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts. Es kann nicht sein, dass die Bevölkerung und das wählende Staatsvolk über lange Zeit so weit auseinanderfallen, wie es in Deutschland der Fall ist. Hier dürfen Millionen von Menschen an den Wahltagen, den Geburtstagen der Demokratie, nicht dabei sein. Wählen ist nicht alles in einer Demo-

kratie. Aber Wählen zählt zu den Höhepunkten in einer Demokratie.

Sie bezeichnen die Demokratie als das beste, erfolgreichste und friedlichste Betriebssystem, das es für ein Land gibt. Was passiert mit einer Demokratie, die bestimmte Gruppen über Generationen hinweg von Wahlen ausschließt?

Prantl: Diese Demokratie kann dann auf Dauer nicht mehr gut funktionieren. Denn Demokratie ist eine Gemeinschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet. Wenn aber ein nicht unwesentlicher Teil der Bevölkerung seine Lebenserfahrung nicht einbringen darf, dann beginnt die Demokratie irgendwann zu hinken. Dann entwickelt sie sich zu einer Teildemokratie.

Das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht wurde in den letzten Jahren mehrfach verändert. Nun will die Große Koalition das Optionsrecht streichen. Befindet sich dieses Land nicht doch auf dem richtigen Weg?

Prantl: Das Land befindet sich auf dem richtigen Weg, ist aber auf diesem Weg noch nicht weit genug. Das neue Staatsbürgerschaftsrecht ist immer noch viel zu kompliziert. Die

Neubürger dürfen nicht den Eindruck gewinnen, dass der Weg zum Erhalt der Staatsbürgerschaft einem

elenden Hindernislauf gleicht und es diesem Land eigentlich viel lieber wäre, wenn sie die Staatsbürgerschaft nicht erwerben würden. Genau diesen Eindruck aber vermittelt die Art und Weise, wie die Optionspflicht nun wegfallen soll. Hinzu

»Es kann nicht sein, dass die Bevölkerung und das wählende Staatsvolk über lange Zeit so weit auseinanderfallen wie in Deutschland.«

kommt, dass die deutsche Staatsbürgerschaft nach wie vor unter bestimmten Voraussetzungen entzogen werden kann. Das ist ein Signal, das ich für eine Integrationsgesellschaft für völlig falsch und kontraproduktiv halte. Zudem ist dieser Entzug laut Grundgesetz gar nicht erlaubt.

Sie haben in Ihrer Rede auf der Bundesmigrationskonferenz in Sprockhövel gesagt, dass Europa ein Teil der deutschen Willkommenskultur sei. Welchen Zusammenhang sehen Sie da?

Prantl: Die Europäisierung Deutschlands ist ein Programm gegen den Nationalismus und die damit verbundenen Gefahren, die Deutschland und der Welt so viel Unglück und Verbrechen gebracht haben. Mit Europa haben sich die Deutschen auf Nachbarn und auf andere Sprachen eingelassen und damit auf eine multinationale Gesellschaft, die Vorbild für das ist, was auch in Deutschland selbst funktionieren muss.

2012 erhielt die Europäische Union den Friedensnobelpreis. Ein Jahr später wurden in der Ägäis wehrlose Flüchtlinge aus Syrien, die über das Mittelmeer nach Griechenland kommen, in Nusschalen ohne Motor und Ruder auf das offene Meer zurückgeschickt. Was sagt diese Realität über das Demokratieverständnis in Europa aus?

Prantl: Dass empört mich jeden Tag. Wenn ich die Situation an den Außengrenzen sehe, dann weiß ich nicht, ob Europa diesen Friedensnobelpreis wirklich verdient hat. Demokratie heißt nicht, dass ich jeden ins Land lassen muss, der

nach Europa will. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bedeuten aber, dass der Raum des Rechts und der Freiheit nicht nur für die gilt, die schon in Europa sind, sondern auch für diejenigen, die nach Europa flüchten. Sie tun das nicht aus Jux und Tollerei.

Haben Sie den Eindruck, dass die Vergabe des Nobelpreises diese Situation zum Positiven verändert hat?

Prantl: Nein, es hat sich überhaupt nichts bewegt. Die Preisverleihung war die Anerkennung dafür, dass sich die europäischen Nationen wirtschaftlich und politisch vereint haben. Sie war keine Auszeichnung für einen menschenwürdigen Umgang mit Minderheiten oder Menschen, die von außen kommen. Ich glaube, dass die Selbstzufriedenheit der Europa-Politiker über den Preis ein wenig zu groß ist. Sie meinen, sie hätten schon alles getan, was zu tun ist und blocken die globalen Probleme ab. Gleichzeitig bauen sie die Festung Europa aus. Das ist nicht das Bild, das ich mir von einem Friedensnobelpreisträger machen möchte.

In Europa wird am 25. Mai 2014 ein neues Parlament gewählt. Zuletzt aber lag die Wahlbeteiligung nur bei 43 Prozent, und das Vertrauen in die europäischen Institutionen schwindet. Was müssen EU-Parlament und Kommission tun, damit die Menschen wieder wissen, wofür es diese Gemeinschaft gibt?

Prantl: Die Menschen haben Angst vor Europa bekommen, weil Europa

zu viel Wirtschaftsgemeinschaft und zu wenig Bürgergemeinschaft ist. Weil es sich zu einer Nutzgemeinschaft für die Finanzindustrie, aber nicht zu einer Nutzgemeinschaft für die Bürgerinnen und Bürger entwickelt hat. Europa muss wieder ein soziales Gesicht erhalten und den Menschen die Furcht vor Arbeitslosigkeit nehmen. Europa darf die Menschen in den südlichen Ländern nicht per Spardruck an den Rand der Existenz drängen. Die sozialen Grundrechte, wie sie in der sozialen Grundrechtecharta und teilweise auch im Lissabonner Vertrag dokumentiert sind, müssen zum Leben erweckt werden. Das wird die Hauptaufgabe der Kommission und des Parlaments in den nächsten Jahren sein müssen. Sonst fällt Europa zurück und wird von den Ängsten der Menschen aufgefressen.

Wie können die Gewerkschaften diesen Prozess unterstützen?

Prantl: Sie müssen einen ihrer wichtigsten

Grundwerte, die Solidarität, leben. Das passiert zwar schon heute. Aber die Lobby der sozialen Rechte funktioniert immer noch weniger gut als die Lobby der Wirtschaft. Und ein Arm der sozialen Rechte sind nun einmal die Gewerkschaften. Deshalb müssen sie supranational zusammenarbeiten und zeigen, dass Europa auch auf Gewerkschaftsebene zusammenwächst. ■

Herr Prantl, wir danken für das Gespräch.

Buchtipp:

Heribert Prantl, *Glanz und Elend der Grundrechte*, Droemer-Verlag, Mai 2014, ISBN: 978-3-426-27650-1

»Wenn ich die Situation an den Außengrenzen sehe, dann weiß ich nicht, ob Europa diesen Friedensnobelpreis wirklich verdient hat.«

Freiheit nicht nur für die gilt, die schon in Europa sind, sondern auch für diejenigen, die nach

»Die Gewerkschaften sind ein Arm der sozialen Rechte. Deshalb müssen sie zeigen, dass Europa auch auf dieser Ebene zusammenwächst.«

Erste Hilfe vor Ort

Viele Menschen verlassen ihre Heimat, ohne zu wissen, welche Rechte sie im Zielland haben. Das DGB-Projekt „Faire Mobilität“ hat daher in Kooperation mit heimischen Gewerkschaften drei Beratungsstellen in Südosteuropa eröffnet.

Seit dem 1. Januar 2014 gilt für Bulgarien und Rumänien die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Länder dürfen nun in jedem EU-Mitgliedsstaat unter den gleichen Voraussetzungen arbeiten wie die Einheimischen.

Für Slowenien wurde die Arbeitnehmerfreizügigkeit bereits 2011 eingeführt. Das Land hat sich seitdem zu einem Knotenpunkt für die Entsendung von Arbeitskräften aus den Staaten Ex-Jugoslawiens entwickelt. Denn slowenische Firmen dürfen auch Serben, Bosnier oder Montenegriner mit einem Spezialvisum zeitlich befristet in die EU entsenden.

Das Problem: Oftmals wissen die Migrantinnen und Migranten nicht, welche Rechte und Pflichten sie in den Zielländern haben. Sie werden

daher regelmäßig in Billiglohnsektoren abgedrängt und unter miserablen Arbeitsbedingungen zum Lohndumping missbraucht.

Arbeiten in Deutschland: Frühe Infos helfen Migranten

Das DGB-Projekt „Faire Mobilität“ hat daher im April 2014 drei neue Beratungsstellen in den Hauptstädten dieser drei Länder, Sofia, Bukarest und Ljubljana, eröffnet. Ziel ist es, Menschen, die nach Deutschland auswandern wollen, frühzeitig über den hiesigen Arbeitsmarkt zu informieren. Die Büros werden von heimischen Gewerkschaften gestellt, zu denen Faire Mobilität gute Kontakte pflegt: den Dachverbänden CITUP (Bulgarien) und ZSSS (Slowenien) sowie der rumänischen

Bauarbeitergewerkschaft FGS Familia. In gemeinsamen Seminaren werden die Beraterinnen und Berater geschult sowie Informationsmaterial erstellt.

Die EU-Kommission finanziert die Personal-, Reise- und Schulungskosten für die drei Länder mit insgesamt

*Dominique John,
Leiter des
Projekts
„Faire
Mobilität“*

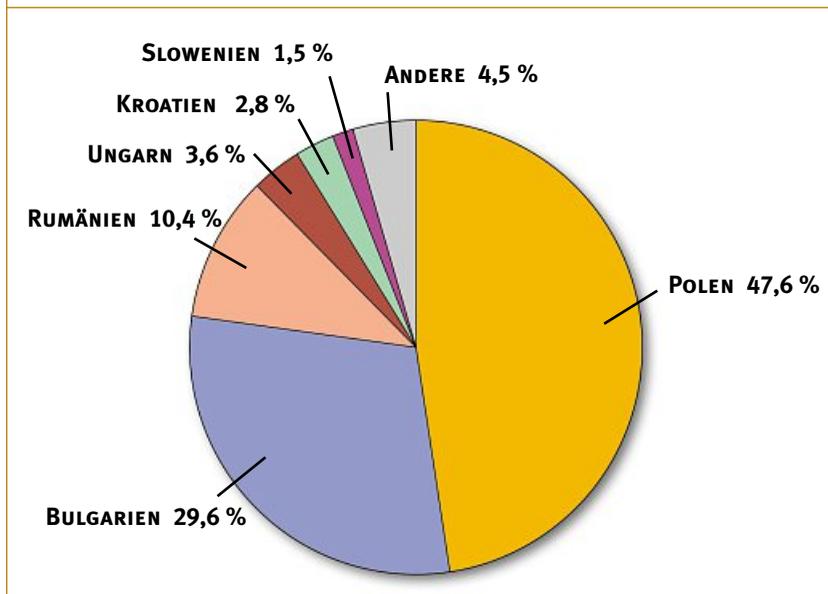


120.000 Euro für ein Jahr. Anschließend will sie über eine Fortführung oder Ausweitung entscheiden. „Mit dem Geld können wir keine großen Sprünge machen“, sagt Projektleiter Dominique John. Allerdings habe die EU-Kommission erkannt, dass die erfolgreiche Umsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit oft am Informationsdefizit der Menschen scheitere. „Wer nicht weiß, was ihn im neuen Land erwartet, bleibt entweder zu Hause oder kehrt schneller zurück als geplant.“

Das Projekt „Faire Mobilität“ wurde 2011 ins Leben gerufen, um die Beratung für Migrantinnen und Migranten in Deutschland aufzubauen. Seitdem wurden bundesweit sechs Beratungsstellen in Berlin, Dortmund, Hamburg, Frankfurt, München und Stuttgart eröffnet. Dort steigt die Zahl der Beratungen nach Angaben der Projektleitung stetig. Die Ratsuchenden kommen vor allem aus Polen, Bulgarien und Rumänien (→ Grafik).

„Faire Mobilität“ wird zu 85 Prozent aus Bundesmitteln und zu 15 Prozent vom DGB gefördert. Die Finanzierung des Projektes wurde kürzlich um ein Jahr bis Oktober 2015 verlängert. ■

Beratungsangebot „Faire Mobilität“ – Woher kommen die Ratsuchenden?



Quelle: Faire Mobilität, April 2014

Mehr Infos:

www.faire-mobilitaet.de

Deutschkurse bei Borbet

Weiterbildung ist wichtig. Trotzdem passiert in vielen Betrieben zu wenig. Dass es anders gehen kann, zeigt der Solinger Felgenrehersteller Borbet. Dort hat der Personalchef gemeinsam mit dem Betriebsrat berufliche Deutschkurse organisiert. Die nächsten Schritte sind in Planung.



Personalleiter Dr. Ufuk Altun vor der Firmenzentrale von Borbet in Solingen

Früher war die Herstellung von Leichtmetallfelgen schwere Handarbeit. Zum Gießen, Schleifen und Lackieren der Produkte wurden bei Borbet daher vor allem kräftige Männer gebraucht. Deutschkenntnisse waren nicht wichtig. Die Situation änderte sich, als das Unternehmen 2005 begann, die Fertigung zu automatisieren. Die Missverständnisse und Spannungen zwischen der deutschen Geschäftsführung und der Belegschaft nahmen zu. Bei Borbet haben rund 80 Prozent der insgesamt 550 Mitarbeiter in der Produktion einen Migrationshintergrund.

2010 wurde Dr. Ufuk Altun Personalleiter bei Borbet. Der 48-Jährige

war als Jugendlicher aus der Türkei nach Deutschland gezogen. Er kennt daher beide Welten. Altun wurde schnell klar, dass gegenseitige Schuldzuweisungen nicht helfen. Der Fehler liegt im System. Wenn Kommunikation und andere Kompetenzen immer wichtiger werden, dann müssen die Unternehmen etwas tun.

Kommunikation wird wichtiger: Betriebe müssen handeln

Dass Betriebe vom Staat gefördert werden, wenn sie Mitarbeiter mit Sprachproblemen oder fachlichen Defiziten qualifizieren, haben die betrieblichen Akteure bei Borbet

schnell in Erfahrung bringen können. Erstaunlich: Obwohl in den staatlichen Fördertöpfen ESF und WeGebAU Millionenbeträge bereitgestellt werden (→ siehe S. 9), werden diese von Unternehmen nicht abgerufen. Und das, obwohl Schlagworte wie „Fachkräftesicherung“ oder „Erhalt der Innovationsfähigkeit“ angeblich die Topthemen für Unternehmen sind.

Flexibel: Sprachkurse passen sich an Conti-Schicht an

Borbet ging jedenfalls einen anderen Weg. Personalchef Altun überzeugte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) davon, berufsbezogene Deutschkurse im Betrieb zu finanzieren. Ein Bildungsträger führte die Kurse durch und rechnete direkt mit dem BAMF ab. Voraussetzung war, dass der Betrieb die Teilnehmer während der Arbeitszeit freistellt. 25 Mitarbeiter konnten motiviert werden, auf freiwilliger Basis besser Deutsch für den Berufsalltag zu lernen.

Die Kurse passten sich zeitlich an den Rhythmus der Conti-Schicht bei Borbet an. Bis zu drei Stunden pro Tag lernten die Teilnehmer Deutsch, indem sie konkrete Aufgaben am Computer bearbeiteten, Schreiben formulierten oder ihren eigenen Arbeitsplatz präsentierten. Nur wenige stiegen aus. Die meisten erhielten nach einem Jahr eine Teilnahmebescheinigung, acht bestanden sogar mit Zertifikat.

Altun bewertet die Maßnahmen als Erfolg. Die Kommunikation der Mitarbeiter habe sich verbessert, sagt er. Ein Teilnehmer wurde sogar zum Schichtleiter befördert. „Anfänglich befürchteten viele Kollegen, dass die Geschäftsleitung über die Kurse Druck auf sie ausüben würde. Inzwischen aber haben sie erkannt, dass sie dadurch in erster Linie ihren eige-

nen Arbeitsplatz sichern.“ Der nächste Kurs ist daher bereits in Planung. Er soll nicht mehr nur sprachliche, sondern auch fachliche Fähigkeiten vermitteln und mit einem anerkannten IHK-Abschluss abschließen, etwa als CNC-Spezialist oder Gießereifachkraft. Die Organisation wird dadurch komplexer. „Für die Konzepterstellung habe ich mir deshalb Unterstützung bei der IG Metall und dem DGB Bildungswerk geholt“, sagt Altun. Der nächste Kurs soll im Herbst 2014 starten. ■

Kontakt:

Dr. Ufuk Altun, Personalleiter
Tel.: 0212 / 2267 707
ufuk.altun@borbet-solingen.de

Muzaffer Uysal, Betriebsrat
Tel: 0212 / 2267 865
muzaffer.uysal@borbet-solingen.de

Infobox: Förderprogramme

Berufsbezogene Sprachkurse fördert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durch Mittel aus dem europäischen Sozialfond (ESF). Es werden arbeitsplatzbezogene Inhalte behandelt, das Lesen und Hörverstehen sowie Sprechen und Schreiben trainiert.

Fachqualifizierungen werden über Bildungsgutscheine der Agentur für Arbeit finanziert. Hierzu gibt es das Sonderprogramm **WeGebAU** (Weiterbildung geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen). Basis ist der § 81 SGB III, indem auch die Fördervoraussetzungen geregelt sind.

In beiden Fällen übernimmt der Staat 100 % der Qualifizierungskosten, während sich der Arbeitgeber an den Freistellungskosten „angemessen“ beteiligen muss. Bei WeGebAU ist zudem ein Arbeitsentgeltzuschuss (AEZ) möglich. Dieser beträgt im Regelfall 50 %, in Einzelfällen kann er aber auch höher sein.

Infos:

IG Metall Ressort Migration/Integration

www.esf.de

www.arbeitsagentur.de/programm-wegebau

DEINE MEINUNG ZÄHLT

Schreib uns, was du zu sagen hast! Schreib uns deine Meinung zur **IGMigration** per E-Mail: igm-migration@igmetall.de oder mit der Post an: IG Metall Vorstand
FB Zielgruppenarbeit und Gleichstellung
Ressort Migration/Integration
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt am Main

MITGLIED WERDEN – SO GEHT’S

Wer Mitglied werden will, kann am Arbeitsplatz IG Metall-Vertrauensleute oder andere Kolleginnen und Kollegen ansprechen, die der IG Metall angehören. Informationen im Internet: www.igmetall.de per Telefon: 069/6693-2578 per E-Mail: mitglieder@igmetall.de

Beitrittserklärung

(wird von der IG Metall eingetragen)

Mitgliedsnummer

Weitere Informationen unter www.igmetall.de/beitreten

Name*	Geschlecht*	Geburtsdatum*
<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> M=männlich <input type="checkbox"/> W=weiblich	Tag <input type="text"/> Monat <input type="text"/> Jahr <input type="text"/>
Vorname*	Land*	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
PLZ* <input type="text"/>	Wohnort* <input type="text"/>	Straße* <input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	Hausnr.* <input type="text"/>
Telefon (<input type="checkbox"/> dienstlich <input type="checkbox"/> privat) <input type="text"/>	E-Mail (<input type="checkbox"/> dienstlich <input type="checkbox"/> privat) <input type="text"/>	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	
beschäftigt im Betrieb/PLZ/Ort <input type="text"/>	Staatsangehörigkeit* <input type="text"/>	
<input type="checkbox"/> Vollzeit*	Beruf/Tätigkeit/ Studium/Ausbildung <input type="text"/>	
<input type="checkbox"/> Teilzeit*	<input type="text"/>	
<input type="checkbox"/> Befristung <input type="checkbox"/> Ausbildung	ab _____ bis _____	
<input type="checkbox"/> Leiharbeit/Werkvertrag	Wie heißt der Einsatzbetrieb? <input type="text"/>	
<input type="checkbox"/> duales Studium <input type="checkbox"/> Studium	Wie heißt die Hochschule? <input type="text"/>	
angesprochen durch (Name, Vorname) _____		
		Mitgliedsnummer Werber/in

*Pflichtfelder, bitte ausfüllen

Beitrittserklärung:
Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich wittle ein, dass zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften, personenbezogene Angaben durch die IG Metall und Ihrer gewerkschaftlichen Vertrauensleute erhoben, verarbeitet und genutzt werden. Die Anpassung des Beitrags an die Einkommensentwicklung erfolgt u. a. durch gewerkschaftliche Vertrauensleute im Betrieb. Dabei werden aus betriebsöffentlichen Daten, wie der Tätigkeit und der damit verbundenen Eingruppierung, das Tarifentgelt und der Gewerkschaftsbeitrag ermittelt. Eine Weitergabe der Daten zu Marketingzwecken findet nicht statt.

Ort, Datum _____

X Unterschrift für den Beitritt*

Bitte abgeben bei IG Metall Betriebsräten/Vertrauensleuten, der IG Metall Verwaltungsstelle oder schicken an: IG Metall Vorstand, FB Mitglieder/Kampagnen, 60519 Frankfurt am Main

Kombimandat (wiederkehrende Lastschriften)
Gläubiger-Identifikationsnummer der IG Metall: **DE71ZZZ0000053593**
Mandatsreferenz: **Mitgliedsnummer01**

1. Einzugsermächtigung (bis 31.01.2014): Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit zu Lasten meines angegebenen Girokontos einzuziehen.

2. SEPA-Lastschriftmandat (ab 01.02.2014): Ich ermächtige die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes zur vereinbarten Fälligkeit von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IG Metall auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.
Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Bankverbindung Bank/Zweigstelle _____

IBAN

BIC

Bruttoeinkommen*

Falls IBAN und BIC nicht zur Hand, bitte Kontonummer und BLZ angeben:
Kontonummer

BLZ

Kontoinhaber/in

X Ort / Datum / Unterschrift für den Bankeinzug*

MELDUNGEN

++ 2. BUNDESWEITER DIVERSITY TAG — Am 3. Juni 2014 war es wieder soweit: Unter dem Motto „Vielfalt unternehmen!“ fand bundesweit der zweite Deutsche Diversity-Tag statt. Zahlreiche Unternehmen zeigten ihren Umgang mit Vielfalt. Flash-Mobs, Vorträge, Tage der offenen Tür – so vielfältig wie das Thema waren auch die stattfindenden Aktionen. Wer sich näher mit dem Thema Vielfalt im Betrieb auseinandersetzen möchte, findet Ideen für Aktionen und Hintergrundinformationen unter: <http://www.charta-der-vielfalt.de/diversity-tag/> Vertiefende Fakten und begleitende Veranstaltungen zum Thema auch unter: <http://www.netzwerk-iq.de/dm-publikationen.html> und http://www.idm-diversity.org/deu/ressourcen_sub01.html



++ SPANIER BEI THYSSENKRUPP — Dem Stahlriesen ThyssenKrupp geht es seit langem nicht gut, Fehlinvestitionen verursachten hohe Verluste. Seit Februar letzten Jahres stand das Stahlwerk des Konzerns im spanischen Sagunto auf der Kippe. Im Sommer wurden die Befürchtungen dann zur Gewissheit: Der Vorstand verkündete die Schließung. 165 Menschen verloren ihre Arbeit – bei einer Arbeitslosenquote von über 25 Prozent in Spanien ist es fast aussichtslos, einen neuen Job zu finden. Dem Europäischen Betriebsrat war klar, dass den Kolleginnen und Kollegen mit einer Abfindung nicht geholfen ist. Es entstand die Idee „von der Arbeit in die Arbeit“, die dazu führte, dass 55 spanische Kollegen sich zu einem Wechsel nach ThyssenKrupp in Deutschland entschieden. Um ihnen den Einstieg zu erleichtern, werden sie von Kulturmittlern vor Ort unterstützt. In einem 100-Stunden-Kurs erhalten sie einen ersten Einstieg in die deutsche Sprache, Betreuer im Betrieb helfen ihnen bei Problemen und Behördengängen. Mehr dazu in: *metallzeitung*, 5/2014

++ INTERKULTURELLE WOCHE 2014 — Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern – unter diesem Motto findet vom 21. bis 27. September 2014 die Interkulturelle Woche statt. Das diesjährige Motto weist darauf hin, dass in der Migrationsgesellschaft Gemeinsamkeiten gesucht und

auch gefunden werden können. All das kann und darf durchaus Spaß machen, so die Veranstalter.

Die Interkulturelle Woche ist eine bundesweite Initiative und wird von gesellschaftlichen Gruppen wie Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, aber auch von Kommunen unterstützt. Deutschlandweit sind mehr als 4.500 Veranstaltungen an über 500 Orten geplant. Materialien können auf der Seite der Interkulturellen Woche bestellt werden: <http://www.interkulturellewoche.de/>



++ DGB BUNDESKONGRESS — Vom 11. bis zum 16. Mai 2014 fand in Berlin der alle vier Jahre stattfindende DGB Bundeskongress statt. Die rund 400 Delegierten der acht DGB-Mitgliedsgewerkschaften wählten mit einer klaren Mehrheit Reiner Hoffmann als neuen Vorsitzenden des DGB. Unter dem Motto „Arbeit – Gerechtigkeit – Solidarität. 20. Parlament der Arbeit“ berieten die Delegierten auf dem Kongress über 200 Anträge, darunter auch zu Migrations-, Flüchtlings- und Antirassismuspolitik. So



Foto: DGB/Simone M. Neumann

Schlüsselübergabe: Der bisherige DGB-Vorsitzende Michael Sommer (rechts) und der neue Vorsitzende Reiner Hoffmann (Mitte)

sprachen sich die Delegierten beispielsweise für eine weitreichende, interkulturelle Öffnung der Betriebe aus. Eine Übersicht über zentrale Beschlüsse findet sich auf den Seiten des DGB Bildungswerks: www.migration-online.de/dgb-bk_beschluesse_2014 – Alle Anträge und Beschlüsse im Wortlaut: <http://bundeskongress.dgb.de/>

Solidarität mit Spaniens Jugend

Eigentlich wollte die IG Metall in Hamm-Lippstadt junge Arbeitslose aus Spanien für eine Ausbildung nach Deutschland holen. Doch die Initiative scheitert kurz vor dem Start, weil die deutsche Bundesregierung die Fördermittel gestrichen hat.

Die Wirtschaftskrise in Südeuropa trifft vor allem die Jungen. Während Deutschland die niedrigste Jugendarbeitslosenquote in Europa verzeichnet, hat nicht mal jeder zweite Jugendliche in Spanien einen Job. Eine so hohe Quote ist nicht nur alarmierend für das Land selbst, sondern für die ganze EU. Daher unterstützt die Bundesregierung seit 2013 mit dem Sonderprogramm „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa“ (MobiPro) Personen zwischen 18 und 35 Jahren

Alfons Eilers,
Erster
Bevollmächtigter der
IG Metall
Hamm-
Lippstadt



aus Staaten wie Spanien bei der Aufnahme einer Berufsausbildung oder einer qualifizierten Arbeit in Deutschland. Sprachkurse, Anreise und Wohnungszuschüsse werden bezahlt. Vor allem werden Beschäftigungen in Engpassberufen gefördert. Das soll dem hiesigen Fachkräftemangel entgegenwirken, aber auch ausgebildeten Fachkräften später in ihren Heimatländern bessere Arbeitschancen bieten. Vom MobiPro-Gedanken inspiriert, ging die Verwaltungsstelle Hamm-Lippstadt mit gutem Beispiel voran. „Seit über 20 Jahren haben wir

gute Verbindungen zur spanischen Gewerkschaft MCA-UGT in Andalusien und tauschen uns über Entwicklungen, Krisen und mögliche Kooperationen aus. Die Arbeitslosenquote dort liegt über dem spanischen Durchschnitt. So entstand die Idee, andalusische Jugendliche in hiesige Betriebe zur Ausbildung zu vermitteln“, erklärt Alfons Eilers, Erster Bevollmächtigter der IGM Hamm-Lippstadt, Antriebskraft hinter dem Projekt.

Widerstand kam von beiden Seiten: Warum er sich um fremde Jugendliche kümmere, wo es doch in der eigenen Region genug junge Menschen ohne Lehrstelle gäbe, hieß es. Oder: Wieso solle ein Betrieb Spanier ausbilden, um sie danach mit ihrer Erfahrung ziehen zu lassen? Auch von spanischer Seite kaum Unterstützung. Regierung und Gewerkschaft sind sich nicht grün, das ist kein Geheimnis. „Die Regierung verhindert von oben und verbietet die Zusammenarbeit“, sagt Eilers. So wurden wichtige Daten aus Spanien nicht geliefert, die nötig für die hiesige Antragsstellung der Fördermittel sind. Eilers hielt dennoch am Projekt fest, schließlich gehört Solidarität zum gewerkschaftlichen Grundgedanken.

„Kein Jugendlicher in Europa darf verloren gehen“

Zwei Jahre dauerte es, die Ausbildungsplätze und Wohnungen für die spanischen Azubis zu organisieren. Doch als Plätze für 19 Jugendliche bereits gesichert waren, kam die



Foto: picture alliance / AP Photo

Finanzkrise in Spanien – Protest in Madrid

herbe Enttäuschung: Die Bundesregierung strich die Fördergelder. „Das Projekt ist gestorben“, resigniert Eilers. Und gibt dafür auch unseriösen Arbeitsvermittlern die Schuld, die MobiPro diskreditieren, wenn sie Jugendliche mit falschen Versprechen nach Deutschland locken. Der Fall von 130 jungen Spaniern, die über eine Erfurter Jobvermittlung nach Thüringen kamen und weder Praktikums- noch Lehrstelle vorfanden, ging durch die Presse. „Kein Jugendlicher in Europa darf verloren gehen“, mit diesem Slogan sind viele unterwegs. Das Beispiel Hamm-Lippstadt zeigt, dass der gute Wille alleine oft nicht reicht. Nun will die IG Metall das Projekt ins nächste Jahr retten. Wie es konkret weitergeht, ist noch offen. ■

MELDUNGEN



++ GESETZENTWURF ZUM OPTIONS-ZWANG VORGELEGT — Im Koalitionsvertrag hatten Union und SPD vereinbart, den sogenannten Optionszwang abzuschaffen. Danach kam es zum Streit und nun zu einem Kompromiss. Ab dem Jahr 2000 in Deutschland geborene Zuwandererkinder müssen sich künftig nicht mehr zwischen zwei Staatsangehörigkeiten entscheiden. Voraussetzung ist, dass sie entweder bis zum 21. Lebensjahr mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt oder sechs Jahre eine inländische Schule besucht haben. Ersatzweise reicht auch ein Schulabschluss-Zeugnis oder eine abgeschlossene Berufsausbildung in Deutschland. Junge EU-Bürgerinnen und -Bürger werden künftig komplett von der Optionspflicht ausgenommen. Kritisiert wird von Gewerkschaften und dem DGB, dass der Optionszwang immer noch bestehen bleibt und die doppelte Staatsbürgerschaft (Mehrstaatigkeit) nicht grundsätzlich hingenommen wird. Außerdem fehlen Regelungen für junge Erwachsene, die im Rahmen des Optionszwangs bereits eine Staatsbürgerschaft abgegeben haben. Der Gesetzentwurf geht nun in die parlamentarischen Beratungen, so dass das Gesetz wohl noch im Jahr 2014 in Kraft treten kann. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/013/1801312.pdf> und <http://www.das-parlament.de/2014/24-26/Innenpolitik/51112484.html>

++ KEIN WAHLRECHT FÜR EU-AUSLÄNDER — In Bremen können auch zukünftig EU-Ausländerinnen und -Ausländer bei Landtagswahlen nicht wählen. Der Staatsgerichtshof (StGH) Bremens lehnte ein entsprechendes Vorhaben der Bürgerschaft ab, in der SPD und Grüne über eine Mehrheit

verfügen. Das Parlament hatte über die Gesetzesänderung bereits in erster Lesung beraten und sie vor der zweiten Lesung dem Staatsgerichtshof zur Prüfung vorgelegt. Das Wahlrecht, so das Urteil der Verfassungsrichter, sei grundsätzlich an die deutsche Staatsangehörigkeit geknüpft. *StGH Bremen, 31.01.2014, Az. St 1/13*

++ AUSBEUTUNG NICHT BEENDET — Fast jeden Tag erscheinen Berichte, bei dem über die Ausbeutung von entsandten Beschäftigten aus anderen EU-Mitgliedsstaaten berichtet wird. Dabei geht es um Lohn- und Sozialdumping, aber auch um menschenunwürdige Unterbringungen. Abhilfe hatten sich Beratungsstellen und Betroffene von einem europäischen Gesetzesvorhaben erhofft: der Durchsetzungsrichtlinie zur Arbeitnehmerentsendung. Am Ende ist das Ergebnis ernüchternd: Anstatt die Mitgliedstaaten zu effizienten Kontrollen und Haftungsregeln zu verpflichten, wurden die Kontrollmöglichkeiten für die Behörden eingeschränkt. Viele Regelungen blieben zudem unklar, so dass sie vermutlich demnächst die Gerichte beschäftigen werden. *Durchsetzungsrichtlinie zur Entsenderichtlinie 96/71/EG*

++ VISAVORSCHRIFTEN SOLLEN ERLEICHTERT WERDEN — Für Touristen, Geschäftsreisende und Studierende aus Drittstaaten sollen die Visavorschriften zur Einreise in die EU erleichtert werden. Anfang April legte die EU-Kommission entsprechende Vorschläge vor. Damit sollen langwierige und kostspielige Visaverfahren abgekürzt und Touristen, aber

auch Fachkräfte nach Europa gelockt werden, um so positive Anreize für Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Mitgliedstaaten der EU und das EU-Parlament müssen den Verordnungsvorschlägen zustimmen. Damit kann frühestens nach der Europawahl begonnen werden. *European Commission, 01.04.2014 – IP/14/347*

++ AUSWEITUNG DER „SICHEREN HERKUNFTSSTAATEN“ — Asylbewerber aus Serbien, Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina sollen künftig schneller und einfacher abgeschoben werden können. Das Kabinett billigte Ende April einen entsprechenden Gesetzentwurf, nach dem die Länder als sogenannte sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Asylanträge von Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten werden in der Regel ohne individuelle Prüfung abgelehnt. Bislang galten lediglich alle EU-Staaten, Norwegen, die Schweiz sowie Senegal und Ghana als sichere Herkunftsländer. http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/kw23_de_asylrecht/281576

++ ENTSCHÄDIGUNG FÜR ABGELEHNTE BEWERBERIN — Das OLG Celle hat eine private Arbeitsvermittlerin zur Zahlung von 1.850 Euro Entschädigung verurteilt, weil sie eine Bewerberin aufgrund ihres Kopftuchs nicht weitervermittelt hat. Beim Bewerbungsgespräch am Telefon sagte die Vermittlerin der jungen Frau, sie könne sie wegen ihres Kopftuchs nicht an potenzielle Arbeitgeber weitervermitteln. Nach Auffassung des Gerichts verletzte die Vermittlerin damit das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Bewerberin wegen ihrer religiösen Anschauungen. *OLG Celle, 18.01.2014, Az. 13 U 37/13*

Klarer Handlungsauftrag

Am 20. Mai 2014 fand die große Betriebspolitische Konferenz der IG Metall zur Beschäftigtenbefragung statt. An der 2013 durchgeführten Befragung hatten sich eine halbe Million Beschäftigte aus mehr als 8.400 Betrieben beteiligt. Darunter auch Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund.



Foto: Thomas Range

Laut DGB bilden sich nur 16 Prozent aller Migrantinnen und Migranten weiter

Fragen – Verstehen – Handeln. Das haben sich die rund 400 Betriebsräte und IG Metall-Funktionäre vorgenommen, die die Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung in Frankfurt diskutierten. Als Gast begrüßte die IG Metall Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit, die erstaunlich gut über die Befragungsergebnisse Bescheid wusste und erste Maßnahmen vorstellte.

Finanzspritze: 300 Millionen Euro für betriebliche Bildung

Dass rund die Hälfte der Beschäftigten ihren Betrieb nicht ausreichend vorbereitet für den demografischen Wandel sehen, halte sie für bedenklich. „Deshalb wird WeGebAU nochmal um 300 Millionen Euro aufgestockt“, sagte die Ministerin. Mit diesem Programm können Industriebetriebe mit Geld vom Staat An- und Ungelernte zu Facharbeitern machen. Leiharbeit und Werkverträge bzw. die Ausweitung der Mitbestimmung

in diesen Themen will die Ministerin als nächstes angehen.

„Die Spaltung des Arbeitsmarktes ist nicht hinnehmbar“, unterstrich auch der 1. Vorsitzende der IG Metall Detlev Wetzel. „Die Befragung ist für uns ein klarer Handlungsauftrag! Wir brauchen eine neue Kultur der Wertschätzung für Arbeit.“

Wertschätzung und Respekt, darum geht es auch den vielen Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund in den Betrieben. In der IG Metall sind rund 300.000 organisiert.

Für Bülent Bengi, freigestellter Betriebsrat bei Bosch in Reutlingen, ist zuallerst gute und sichere Arbeit wichtig. Neben Antidiskriminierung und Chancengleichheit ist für den Vorsitzenden des AK Migration in Reutlingen-Tübingen auch Qualifizierung ein wichtiges Anliegen.

In der Tat: Die Befragung zeigt, dass 91 Prozent (!) der Beschäftig-

ten berufliche Weiterentwicklung für notwendig erachten, um überhaupt bis zur Rente durchhalten zu können. Und noch eines wird deutlich. Jeweils 47 Prozent sagen, dass wegen dem Arbeitsdruck keine Zeit für Qualifizierung bleibt bzw. dass die betrieblichen Perspektiven fehlen. 60 Prozent fühlen sich zudem von den Vorgesetzten nicht ausreichend unterstützt.

Mehrheitsmeinung: Bildung sichert Beschäftigung

Bei Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund kommt eines noch hinzu: Es gibt eine eindeutige soziale Spaltung in der Weiterbildung! Gemäß einer aktuellen Studie des DGB liegt die Weiterbildungsbeteiligung von Menschen ohne deutschen Pass im Betrieb bei 16 Prozent, während sie bei der Gesamtbelegschaft bei 36 Prozent liegt. Bei Führungskräften liegt der Anteil sogar bei 70 Prozent. Wer hat, dem wird gegeben!

Wenn große Teile der Belegschaft von Weiterbildung abgekoppelt sind, hat das in der heutigen Arbeitswelt verheerende Wirkungen auf die Beschäftigungsfähigkeit, sagt Dušan Vesjenjak vom Ressort Migration/Integration der IG Metall. Er sieht die Beschäftigtenbefragung auch als ein klares Votum für das weitere betriebliche, tarifliche und politische Handeln der IG Metall! Wir brauchen ein Umdenken in den Betrieben und gute Einstiegsangebote für Beschäftigte, die noch nie oder schon lange nicht mehr an einer Weiterbildung teilgenommen haben. ■

Flüchtlinge fordern Rechte

Die Bilder von Lampedusa gingen um die Welt. Oft ertragen Flüchtlinge ihr Leid stumm. Andere machen jedoch den Mund auf. In Städten wie Hamburg, Berlin und Frankfurt organisieren sie sich und stellen berechnete Forderungen.

Der Weg nach Deutschland ist gefährlich, hunderten Flüchtlingen kostet er jährlich das Leben. Wer jedoch im vermeintlich sicheren Hafen BRD ankommt, den erwarten Freiheitseinschränkungen, Arbeitsverbot und ein Leben in ständiger Angst vor Abschiebung. Die Residenzpflicht, eine europaweit einmalige Auflage, schränkt noch immer das Recht auf Bewegungsfreiheit ein – trotz Lockerung durch die Große Koalition. Nach der Dublin III-Verordnung muss ein Flüchtling in dem Land Asyl beantragen, in dem er zuerst Europa betritt. Wer es also über Lampedusa hierhin schafft, muss zurück. Oft fristen Flüchtlinge ein unsichtbares Lagerdasein, bis sie mehrheitlich abgeschoben werden. Doch nun organisieren sie sich. Marschieren durch Bayern, kampieren vor dem Senat in Hamburg, bauen Bretterbuden in Berlin, erheben die Stimme gegen eine verachtende und menschenunwürdige Asylpolitik.

Lampedusa in Hamburg: „Keine Ruhe dem Senat“

18 Monate lang besetzten Flüchtlinge beispielsweise den Berliner Oranienplatz, verlangten Bürgerrechte. Die Forderungen: Komplette Abschaffung der Residenzpflicht, Abschiebestopp, Recht auf Arbeit, Wohnungen statt Lager. Menschenrechtsgruppen, Kirchen und Gewerkschaften unterstützen die Flüchtlinge. Im März gingen 4.000 Demonstranten der Initiative „Lampedusa in Hamburg“ auf die Straße. Ihr Motto: „Keine Ruhe dem Senat“. Die Forderung: Abschiebestopp für die 300 Lampedusa-Flücht-

linge, die den Winter über in der St.-Pauli-Gemeinde wohnten. In Frankfurt hausten 22 Lampedusa-Flüchtlinge unter Brücken, bis sich verschiedene Gruppen und Einzelpersonen solidarisch erklärten und sie in der Gutleutkirche ein Obdach fanden. Issifu Adam (30) kommt aus Ghana. „Wir dürfen hier für einige Zeit bleiben, ich weiß das sehr zu

linge nach wie vor vom Senat abgelehnt, obwohl das nach § 23 Aufenthaltsgesetz für bestimmte Personengruppen aus humanitären Gründen möglich wäre. Die IG Metall fordert deshalb eine menschlichere Asylpolitik und die Abschaffung von Dublin III, die eine Anerkennung als Flüchtling in Deutschland fast unmöglich macht.



Foto: Reinhard Schwandt

Lampedusa-Demonstration in Hamburg am 2. November 2013

schätzen“, sagt er. Engagierte Kolleginnen und Kollegen organisierten eine ärztliche Betreuung, täglich ein kostenloses warmes Essen sowie einen Sprachkurs. Die Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ organisierte ein Fußballtraining. Kleine Zeichen der Solidarität, doch es muss mehr passieren. Denn der Oranienplatz ist mittlerweile wieder geräumt, in Frankfurt mussten die Flüchtlinge Ende Mai ihr Kirchenobdach verlassen. In Hamburg wird die Gruppenanerkennung der Flücht-

Aktuell werden beispielsweise immer mehr Staaten zu „sicheren“ Drittstaaten erklärt, weil es die Abschiebung erleichtert.

Christiane Benner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, richtete hierzu bei der Bundesmigrationskonferenz klare Worte an die Politik. „Kein Mensch ist illegal!“, sagte sie unter dem Beifall der Delegierten. „Wir dürfen uns nicht einmauern. Deutschland kann und muss mehr Flüchtlinge aufnehmen.“ ■

Festung Europa

Die Europäische Union rüstet an ihren Außengrenzen auf – und entwickelt die Abwehr von unerwünschter Zuwanderung zum Milliardenmarkt.

Am 16. April 2014, wenige Wochen vor der Europawahl, beschränkte das EU-Parlament den Spielraum der Grenzschutzagentur Frontex auf hoher See. Die Agentur darf Flüchtlingsboote dort nun nicht mehr stoppen, durchsuchen und zur Umkehr zwingen („Push-Back“). Das EU-Parlament hofft, dass sich dadurch die Zahl der Schiffbrüchigen verringert, die im Mittelmeer ertrinken.

Die Hilfsorganisation Pro Asyl kritisiert die Verordnung. Denn innerhalb der 12-Meilen-Zonen vor den europäischen Küsten gilt diese Vorschrift nicht. Zu dieser Sonderzone zählt beinahe die gesamte Ägäis mit den zahlreichen griechischen Inseln. „Frontex-Einsätze, die in diesem Meerabschnitt stattfinden, haben also künftig generell die Befugnis, Push-Backs in Richtung Türkei vorzunehmen“, warnt Pro Asyl.

Push-Backs: Pro Asyl weist tödliche Abschiebung nach

Wer die Push-Backs im Einzelfall verantwortet – die nationale Küstenwache, das Militär oder die von der EU bezahlte Grenzschutzagentur – ist selbst für Experten schwer nachzuvollziehen. Die möglichen Folgen aber hat Pro Asyl durch Zeugenaussagen dokumentiert. Demnach kamen im August 2013 zwölf syrische Flüchtlinge zwischen der griechischen Insel Farmakonisi und der

türkischen Küste ums Leben, weil sie von der griechischen Küstenwache aufgegriffen und mit ihrem Boot, aber ohne Motor und Ruder, wieder auf dem offenen Meer ausgesetzt wurden.

Das Beispiel zeigt, mit welcher brachialer Gewalt die EU ihre Festung gegen unerwünschte Zuwanderung zu verteidigen bereit ist. Künftig wird sie dafür verstärkt Hochtechnologie zum Einsatz bringen. Denn die EU rüstet auf. Die Abwehr von Flüchtlingen wird zum Milliardenmarkt. An den Ursachen Krieg, Armut und Ausbeutung, die immer Menschen aus ihrer Heimat treiben, ändert sie nichts.

Eurosur: Grenzkontrollen mit Satelliten und Drohnen

Neben Frontex investiert die EU aktuell in drei Grenzschutzprojekte:

1. Mit Eurosur errichtet sie ein Grenzüberwachungssystem, das den Informationsaustausch über Flüchtlingsbewegungen unterstützt. Das Programm baut u.a. auf den Einsatz von Drohnen und Satellitensuchsystemen. Es ging am 2. Dezember 2013 in 18 EU-Staaten und Norwegen an den Start. Deutschland wird bis Ende 2014 angeschlossen.

2. Durch das Einreise-/Ausreiseprogramm (EES) will die EU zudem die Grenzkontrollen verschärfen. Das EES soll ab 2017 Zeitpunkt und Ort sowohl der Einreise als auch der Ausreise von Drittstaatsangehörigen elektronisch erfassen, beispielsweise

um Menschen zu identifizieren, die sich länger als erlaubt in der EU aufhalten.

3. Ergänzend dazu wird das Registrierungsprogramm für Reisende (RTP) errichtet, das Einreisende aus Drittstaaten in zwei Klassen unterteilt. „Sicherheitsgeprüfte Vielreisende“ wie zum Beispiel Geschäftsreisende oder Wissenschaftler erhalten künftig Dokumente, mit denen sie die Scanner an den Grenzübergängen schneller passieren können. Allen anderen dagegen wird die Einreise erschwert, und in der Praxis wohl auch vielfach verwehrt.

Die Aufrüstung treibt auch das Finanzbudget in neue Dimensionen. Während die EU in den letzten sieben Jahren (2006 bis 2013) rund 700 Millionen Euro vor allem in Frontex investierte, um ihre Außengrenzen zu kontrollieren, wird sie dafür künftig fast viermal mehr ausgeben als bisher. Für den Zeitraum 2014 bis 2020 hat die EU nach eigenen Angaben über 2,6 Milliarden Euro verplant. Mittel, die sinnvoller eingesetzt werden könnten (→ Tabelle).

Diese Mittel ändern nichts an den Ursachen Krieg, Armut und Ausbeutung, die immer Menschen aus ihrer Heimat treiben. Sie werden aber die Fluchtwege noch riskanter machen. Todesopfer wird es daher an den europäischen Außengrenzen auch in Zukunft geben. Vielleicht sogar mehr als je zuvor. ■

Festung Europa – Der neue Milliardenmarkt

Projekt	Start	Budget (Mio. €)	
	Jahr	2006 bis 2013	2014 bis 2020
Frontex	2004	605	683
Eurosur	2013	95	244
EES*	2017	0	535
RTP*	2017	0	1.146
Gesamt		700	2.608

Quelle: Frontex, EU-Kommission, BMI *EES – Einreise-/Ausreiseprogramm, **RTP – Registrierungsprogramm für Reisende

DEMOKRATIE LEBEN

Eine neue
WILLKOMMENSKULTUR
mit der IGM gestalten.

„Die Stimmung fand ich super“

Fotos: Blanka Huber



Aycan Güngör (VS Wesermarsch):

»Die Konferenz hilft mir bei meiner betrieblichen Arbeit. Hier konnte ich netzwerken und Erfahrungen austauschen. So wie an den Dialogtischen. Es war schön zu sehen, dass die Erfahrungen der Kollegen nicht weit von den eigenen entfernt liegen. Ganz besonders hat mir das Referat von Heribert Prantl gefallen. Das war einzigartig. So aufmerksam habe ich einem Vortrag noch nie zugehört.«

Vom 2. bis 4. April 2014 fand die 10. Bundesmigrationskonferenz der IG Metall unter dem Motto „Demokratie leben. Eine neue Willkommenskultur mit der IG Metall gestalten“ statt. Die 120 Delegierten und weitere 70 Mitwirkende und Gäste erlebten ein vielfältiges Programm, das neben die politische Diskussion und betriebliche Praxis die kulturelle und persönliche Begegnung stellte. Das Bildungszentrum der IG Metall in Sprockhövel bot dazu den passenden Rahmen.

Andrej Bott (VS Neunkirchen):

»Es war eine erfolgreiche Konferenz. Das Thema Willkommenskultur ist wie vor 1.000 Jahren sehr aktuell. In den Betrieben sollte man Migranten nicht als billige Arbeitskräfte, sondern als Menschen sehen. Das ist der erste Schritt für eine erfolgreiche Integration. Dabei muss man bei den Jugendlichen beginnen. Deshalb war es wichtig, dass das Projekt ‚Berlin braucht dich!‘ vorgestellt wurde.«



Die Liste der Redner war prominent besetzt. Es sprachen Knut Giesler, Bezirksleiter der IG Metall NRW, sowie Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales in NRW. Prof. Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung plädierte für eine stärkere Öffnung Deutschlands in Fragen der Zuwanderung. Prof. Heribert Prantl, Mitglied der Chefredaktion bei der Süddeutschen Zeitung, brachte das oft schwierige Wechselverhältnis von Willkommenskultur, Demokratie und Europa auf den Punkt (→ S. 4).



Mehmet Aksoy (VS Neu-Ulm-Günzburg):

»Die Konferenz hat mir gezeigt, dass es viel zu tun gibt und ich dranbleiben muss. Für die Verbesserung der Willkommenskultur in Deutschland müssen sich beide Seiten vor allem mit mehr Respekt und Akzeptanz begegnen. Das nehme ich aus Sprockhövel mit. Was mir persönlich ganz besonders in Erinnerung bleiben wird? Die Vielfaltigkeit einer großen Familie.«

Nesli Subatli (VS München):

»Die Stimmung fand ich super. Es herrschte eine gute Diskussionskultur und es gab tolle inhaltliche Vorträge. Mein Highlight? Auch hier waren nicht alle Menschen frei von Vorurteilen gegenüber anderen Lebenskulturen, aber sie setzten sich damit offen auseinander. Ich will daher nun eine Diskussionsrunde zum Thema Willkommenskultur im Jugend VK und Ortsjugendausschuss anregen.«



Christiane Benner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, forderte von der Bundesregierung ein Recht auf Mehrstaatigkeit für Migrantinnen und Migranten. „Wenn wir Vielfalt wertschätzen wollen, muss sich das auch in den Gesetzen ausdrücken.“